

Hundefeindlich sind nur die Behörden: Wissenschaftler und Familien sind sich einig, dass der Hund Menschen in vielerlei Hinsicht guttut und bei Kindern die Entwicklung positiv fördert.

Viel Aufwand für hunderechtes Leben

auf speziell ausgewiesenen Flächen im Norden und Westen der Stadt die Chance auf Leinenfreiheit. Von der Stadtmitte aus muss der Hundebesitzer über 10 km fahren, um eine dieser Flächen zu erreichen. In Hannover stehen für 12.200 Hunde insgesamt lediglich 25 ha für den Freilauf zur Verfügung. Diese Fläche entspricht gerade mal 0,9% der Gesamtfläche an städtischen Grünanlagen². Beide Städte liegen in der Höhe ihrer Steuersätze für den Ersthund mit 120 €/Jahr mit an führender Position. So ist ein gewisser Frust bei den Hundehaltern nicht verwunderlich. Bestätigt wird

² Pedigree Studie 2007: Pedigree Initiative für die Natur des Hundes, www.naturdeshundes.de siehe *du und das tier* 4/07

dies durch die Pedigree Studie 2007, welche u.a. durch den Deutschen Tiergeschutzbund begleitet wurde und auf einer repräsentativen Umfrage unter 2.443 Hundehaltern und Nicht-Hundehaltern in Deutschland beruht: Zwei Drittel der Hundehalter und die Hälfte der Nicht-Hundehalter empfinden die Hundehaltung in Deutschland als zunehmend erschwert, noch stärker in Ballungsräumen. Insbesondere, dass sie den Ansprüchen und Bedürfnissen ihrer Vierbeiner nach Auslauf und Sozialkontakten mit Artgenossen nicht gerecht werden können, macht Hundefreunden verstärkt Sorgen.

Nicht-Hundebesitzer sind hundefreundlich

Nicht nur die bestehenden Verordnungen und Gesetze der Bundesländer und die Auflagen der Kommunen sind Ursache für den Unmut der Befragten. Auch Einschränkungen durch Vermieter, Gaststätten- oder Hotelbetreiber sowie Leiter mancher Seniorenheime erschweren den Haltern und ihren

Hunden durch Verbote zunehmend den Alltag. Nicht selten werden solche Beschränkungen dem Hundehalter im Glauben auferlegt, im öffentlichen Interesse zu handeln. Das Gegenteil ist der Fall: Die Mehrzahl der Nicht-Hundebesitzer hält solche Verbote für nicht angemessen. An der oft gehörten Äußerung, Hunde hätten in der Bevölkerung eine immer geringere Toleranz, ist wenig dran: ebenso wie Hundehalter sind auch Nicht-Hundehalter in eindeutiger Mehrheit überzeugt, dass Hunde Menschen glücklicher und gesünder machen, verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen und einen festen Platz in unserer Gesellschaft verdienen.

Dass es sich nicht um subjektive Einschätzungen handelt, bestätigen wissenschaftliche Untersuchungen. Alle Experten sind sich einig: Der soziale Stellenwert des Hundes heute ist unstrittig – sowohl für Erwachsene als auch für Kinder. Frauen haben offenbar einen besonders engen Draht zu ihren Vierbeinern. Nach einer Um-



Durch Auflagen überforderte Hundehalter müssen ihre Tiere ins Tierheim geben.



Für Vertreter bestimmter Rassen gilt in vielen Bundesländern Maulkorbpflicht.

frage von WomanWeb anlässlich des Welttierschutztages würden 83% der Frauen eher ihren Mann als ihren Hund vor die Tür setzen.

Länder und Kommunen ignorieren Fakten

Umso unerklärlicher und bedauerlicher, dass die Maßnahmen der Gesetzgeber und Gemeinden sich nicht nach den Interessen der Öffentlichkeit und den Erkenntnissen der Wissenschaft richten. Selbst aus ihren eigenen Statistiken, die keine Rückschlüsse auf positive Veränderungen durch verschärfte Regelungen zulassen, ziehen nur wenige die nötige Konsequenz. Als einziges Bundesland hat Niedersachsen die Sonderregelungen für bestimmte Hunderassen für nichtig erklärt. Thüringen will nach wie vor alle Hunde gleich behandeln, In Sachsen-Anhalt sind sich die Parteien noch nicht einig, ob Sonderregelungen für bestimmte Hunderassen eingeführt werden sollen. Die Mehrzahl der

Bundesländer hält an den statistisch nicht begründbaren Regelungen fest. Was Tierschützer und Hundexperten lange vor Diskussionsbeginn um verschärfte Regelungen für Hunde bestimmter Rassezugehörigkeit vertreten haben, hat sich längst durch wissenschaftliche Arbeiten bestätigt: Nicht die Abstammung gibt Hinweise

auf die vom Hund ausgehenden Gefahren, vielmehr spielen Aufzucht und weiterer Umgang mit dem Tier für sein späteres Verhalten eine maßgebliche Rolle. Auflagen für Menschen, deren Hunde auffällig wurden, sind ausreichend, um Unfälle zu vermeiden.³ Pauschale Vorverurteilungen sind somit völlig überflüssig.

Fazit: Die Interessen von Hundehaltern und Nicht-Hundehaltern werden in den letzten Jahren immer weniger berücksichtigt – auf Kosten der Hunde. Es ist an der Zeit, dass sich der Gesetzgeber mit den Vorschlägen des Deutschen Tierschutzbundes auseinandersetzt, damit Unfälle mit Hunden vermieden werden können. So wären Regelungen hinsichtlich Zucht und Handel sowie die Einführung einer Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle Hunde ein wichtiger Schritt. Unser aller Interesse ist es, dass Hundehalter gemäßregelt werden, wenn sie nicht verantwortlich handeln – sei es ihren Mitmenschen wie auch ihren Hunden gegenüber.

Willi denkt sich wohl auch, dass die ungerechtfertigten Einschränkungen für ihn und seine fünf Millionen Artgenossen schlicht zum Jaulen sind und einem artgerechten Hundeleben entgegenstehen.

KATRIN UMLAUF

³ Roman Mikus (2006) Statistische Auswertung von Sachverständigengutachten über Hunde mit Beißvorfällen in Bayern, LMU München. Rainer Struwe, Fransiska Kuhne (2006): Auffällig gewordene Hunde in Berlin und Brandenburg – ihre Repräsentanz in offiziellen Statistiken und in der Hundepopulation; Universität Berlin

Traurige Statistik

Hunde in deutschen Tierheimen*

- 77.200 Hunde wurden 2005 in deutschen Tierheimen aufgenommen (Hochrechnung).
- Nur 6% der Hunde, die ins Tierheim gebracht werden, werden aufgrund ihrer Eigenart vom Besitzer abgegeben.
- Immer häufiger kommen Hunde ins Tierheim, weil sich die finanzielle Situation ihrer Besitzer verschlechtert hat.
- Im Durchschnitt verweilen Hund drei Monate im Tierheim, bevor sie an ein neues Zuhause vermittelt werden. Die vom Gesetzgeber als gefährlich eingestuft Rassen sind dabei nicht berücksichtigt.
- Die Verweildauer von Hunden, die einer Rasse angehören, die vom Gesetzgeber als gefährlich eingestuft wurde, beträgt ca. 8,1 Monate.

*Tierheime in Deutschland (April 2006), Mafo-Institut Schwalbach.